



## Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Oliver Jörg, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Thomas Huber, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Klaus Holeschek, Dr. Gerhard Hopp, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Bernd Kränzle, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU**

### **Medizinerangel in Bayern verhindern XXIV Sichere wirtschaftliche Berufsperspektive für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in ländlichen Regionen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit Hilfe der Vertragspartner, Krankenkassen, Kostenträger und zuständigen Akteure im Gesundheitswesen dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, welche zusätzlichen Vergütungsanreize genutzt werden können, damit niedergelassene ebenso wie angestellte Ärztinnen und Ärzte auch in ländlichen Regionen mit einer schwierigen Versorgungsstruktur eine sichere wirtschaftliche Berufsperspektive haben können.

Weiterhin wird die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) gebeten aufzuzeigen, wie ein Modell zur Ausschreibung von freien Niederlassungsmöglichkeiten in strukturschwachen, ländlichen Gebieten, in denen nur unterdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten bestehen, gestaltet sowie etabliert werden könnte. Im Rahmen des Ausschreibungsmodells sollen sich interessierte Ärztinnen und Ärzte mit Angabe des jährlichen Mindesteinkommens, das für sie Voraussetzung für eine Praxisübernahme/-gründung wäre, bewerben können. Vergeben werden sollen die Niederlassungsmöglichkeiten an die Bewerberin oder den Bewerber mit den geringsten Gewinnerwartungen. Bei Nichterreichen des bei Bewerbung angegebenen jährlichen Mindesteinkommens soll aus Mitteln des Strukturfonds der KVB und der Krankenkassen ein Ausgleich garantiert werden.

### **Begründung:**

Zahlreiche Niederlassungsmöglichkeiten in strukturschwachen ländlichen Gebieten können nicht besetzt werden, weil dort nur unterdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten bestehen und eine Niederlassung aus diesem Grund für Ärztinnen und Ärzte wirtschaftlich nicht attraktiv ist. Daher ist dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, welche zusätzlichen Vergütungsanreize bereits genutzt werden können, die eine Niederlassung in diesen Regionen wirtschaftlich attraktiver machen.

Zudem wird die KVB gebeten darzustellen, wie ein Ausschreibungsmodell von freien Niederlassungsmöglichkeiten in strukturschwachen, ländlichen Gebieten, in denen nur unterdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten bestehen, gestaltet sowie etabliert werden könnte. Mit der Etablierung des Ausschreibungsmodells soll das Ziel verfolgt werden, niederlassungswilligen Ärztinnen und Ärzten eine sichere wirtschaftliche Berufsperspektive zu bieten.